

5. ÜBERLEITUNG: „DEMOKRATIE“ AUS DER PERSPEKTIVE MIGRANTISCHER JUGENDLICHER

Die migrantischen Selbstorganisierungen in Deutschland und den USA beziehen sich selten explizit auf abstrakte Konzepte von Demokratie und Recht. Dennoch lassen sich ihre Kämpfe in Bezug auf diese Konzepte als demokratische Praxen beschreiben. Bevor ich im folgenden Kapitel die Analyse von Selbstorganisierungen enger mit radikaler Demokratietheorie in Verbindung bringe, beschreibe ich in dieser Überleitung, wie die migrantischen Jugendlichen selbst die Bedeutung von „Demokratie“ einschätzen. Hierbei gehe ich von Passagen am Ende der Interviews aus, in denen ich explizit nach ihren Ansichten zu Demokratie und Rechten gefragt hatte. Deutlich wird in diesem Zusammenhang eine grundlegende Kritik an bestehenden Demokratierégimes, die teilweise zu einer Ablehnung von Demokratie tendiert. Es ist allerdings kaum verwunderlich, dass die Jugendlichen den Begriff der Demokratie – dem Common Sense entsprechend – zunächst auf die repräsentativen, national-liberalen Demokratierégimes beziehen. Indem sie diesen jedoch das Demokratische absprechen, re-artikulieren sie zugleich dessen Bedeutung jenseits der etablierten Institutionalisierungen. Sie entwickeln außerdem positive Vorstellungen von Demokratie, die mit einer alternativen Aktualisierung des Demokratischen in ihren Praxen korrespondiert.

Demokratie und Nationalstaat im Widerspruch

Die migrantischen Jugendlichen haben grundsätzlich eine skeptische Sicht auf Demokratie. Sie verweisen auf einen Abgrund zwischen demokratischen Werten, die prominent in den Selbstbeschreibungen Deutschlands und der USA enthalten sind, und der von ihnen gelebten Realität. Hier spiegelt sich das zu Beginn von Kapitel III angeführte Zitat von Fred Moten wider, der Demokratie als Traum und Albtraum zugleich beschreibt. Aus ihrer sozialen Position heraus lassen migrantische Jugendliche Demokratiedefizite offensichtlich werden. Jene Demokratie, die sich in den national-liberalen Régimes Deutschlands und der USA artikuliert, wird als widersprüchlich beschrieben: Als eine Demokratie, die keine Demokratie ist.

Die undokumentierten Jugendlichen von IYC & CIYJA bringen ihre Ablehnung der US-amerikanischen Demokratie explizit zum Ausdruck. „It's a joke“ (U16: 56), „democracy here is shit“ (U6: 80); sie beschreiben ihr Ziel als „challenging the idea that the United States is a democracy“ (U9: 66). Für die Jugendlichen ist das US-amerikanische Régime eine Institutionalisierung von Ungleichheit. Es gäbe zwar ein funktionierendes politisches System, erzählt Gina, „but that in itself can't even be called democratic, because it's working in favor of certain people, while it's pushing all of these other people down“ (U17: 114). Durch rassistische Herrschaftsverhältnisse von *Race*, *Gender*, *Class* wird das Versprechen der Gleichheit in der US-amerikanischen Demokratie durchkreuzt (U2: 78; U6: 78). Erick kritisiert hierbei die Verknüpfung von Bürgerschaft und Klasse in der US-amerikanischen Demokratie: „The so called democracy of the United States is just for those that qualify for it.“ (U15: 102) Die Hierarchien des nationalen Demokratierégimes stehen somit in einem offensichtlichen Widerspruch zum egalitären Imaginären des Demokratischen.

Die geflüchteten Jugendlichen von JoG entwickeln ebenfalls eine grundsätzliche Kritik am deutschen Demokratierégime, wobei sie insbesondere ihre Exklusion von

der demokratischen Gemeinschaft problematisieren. Für Amina widerspricht der politische Ausschluss von Migrant_innen dem demokratischen Prinzip der Selbstregierung, da sie am selben Ort wie jene leben, die als deutsche Bürger_innen anerkannt werden, und somit denselben Entscheidungen unterliegen: „Der deutsche Bürger darf unsere Zukunft mitbestimmen und wir selber nicht.“ (D12: 68) Samira beschreibt das Regime in Deutschland als „Scheindemokratie“ (D13: 18), in deren Selbstbeschreibung die Entrechtung von Geflüchteten ausgeblendet werde. Sie würden zum Teil „wie zweite Ware Mensch“ behandelt, wobei ihnen verdeutlicht werde, „dass wir nicht zählen“ (D13: 16). Sie müssen am eigenen Leib den Unterschied erfahren, der zwischen dem ersten Artikel des Grundgesetzes – „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – und der Wirklichkeit dieses Prinzips – „Die Würde des Deutschen ist unantastbar“ – bestehe (D13: 16). Rojda weist ebenfalls auf diesen Widerspruch hin, „es gibt ja nicht zwei Würden“ (D2: 130). Durch die Diskrepanz zwischen den Rechten „auf dem Papier“ und der Diskriminierung von Menschen in der Praxis könne Deutschland nicht als Demokratie bezeichnet werden (D2: 130). Diese Teilung benennt auch Aida als Widerspruch zum demokratischen Prinzip: „Demokratie ist, was für eine gilt, muss auch für alle gelten.“ (D1: 92)

Die Kritik bezieht sich bei vielen auf die Verknüpfung von nationaler und repräsentativer Demokratie, die sich am offensichtlichsten im Wahlsystem zeigt. Die Situation der geflüchteten Jugendlichen in Deutschland offenbart einen Widerspruch zwischen einer Selbstbeschreibung als Demokratie und der tatsächlichen Ausgrenzung von Demokratie, die die Jugendlichen erfahren. Die Erwartung einer Demokratie in Deutschland würde bei vielen Geflüchteten im Laufe des Ankommens enttäuscht, sagt Mesut: „Flüchtlinge haben von dieser Demokratie halt nicht viel. Die haben teilweise mehr Freiheiten als im eigenen Land, aber trotzdem kein Mitbestimmungsrecht.“ (D8: 126; D14: 38) Einige Jugendliche reflektieren das bestehende Demokratierégime in Deutschland als ermöglichen Kontext für ihre Interventionen (D5: 75; D12: 132). Für sie als Migrant_innen sei die Demokratie dennoch weitestgehend begrenzt, insoweit sie nicht wählen und für Ämter kandidieren dürfen, „die setzen uns Grenzen und das ist einfach gar keine Demokratie mehr“ (D12: 134). Insbesondere die Ausgrenzung vom Wahlrecht verdeutlicht Ali zufolge, „wenn man hier in Deutschland von Demokratie spricht, dann ist das gar keine Demokratie“ (D10: 126).

Bei den undokumentierten Jugendlichen ist der Ausschluss vom Wahlsystem ebenfalls einer der ersten Kritikpunkte. Im US-amerikanischen Demokratierégime seien sie als undokumentierte Migrant_innen von etablierten Repräsentationsstrukturen ausgeschlossen, kritisiert Gina: „Democracy is against the undocumented community [...], their voices are not being heard, because they lack that legal status.“ (U17: 88) Insgesamt wird die ungleiche Repräsentation von People of Color durch das Demokratierégime kritisiert (U10: 10). Jonathan problematisiert zudem die hegemoniale Konzeption von Repräsentation selbst, die sich in der Beschränkung von Demokratie auf ein Wahlsystem zeige: „That's not democracy. That's like American laziness.“ (U7: 81)

Durch die migrantischen Selbstorganisierungen wird hingegen eine alternative Form von Demokratie entwickelt, die jenen Prinzipien einer Stellvertreterpolitik entgegensteht. Die Artikulation von Demokratie durch die herrschende Ordnung in Deutschland und den USA erzeugt bei vielen eine tiefgreifende Skepsis. In ihrer radi-

kalen Kritik an den bestehenden repräsentativen, national-liberalen Demokratierégimes beziehen sich die Jugendlichen dennoch vielfach auf ein Prinzip des Demokratischen und eine Vorstellung von Gleichheit.

Demokratische Differenz

In den Reflexionen der Jugendlichen zeigt sich die in Kapitel III entwickelte demokratische Differenz zwischen etablierten Regimen der Demokratie und einem Grundsatz des Demokratischen. In ihrer Kritik des deutschen Demokratierégimes berufen sich viele Jugendliche auf eine alternative Vorstellung von Demokratie, der ein egalitäres Prinzip zugrunde gelegt wird. So erklärt Ali: „Demokratie wäre es, wenn wir jetzt hier in Deutschland leben, alle werden gleichbehandelt, egal wie man aussieht, welche Hautfarbe man hat, wo man herkommt, alles egal wäre, und alle gleiche Rechte haben.“ (D10: 128) Andere JoG-Mitglieder wie Samira betonen ebenfalls den Grundsatz der Gleichheit sowie einen positiven Demokratiebegriff: „Die beste Demokratie ist, dass jeder wirklich gleichbehandelt wird, egal ob er jetzt ein Inländer ist oder ein Ausländer.“ (D13: 20; D1: 94; D6: 88)

Wie viele der Jugendlichen beschreibt auch Zalina das Regime in Deutschland nicht als Demokratie und hält dennoch ein Prinzip des Demokratischen dagegen. Wenn es eine Demokratie wäre, hätten „alle die in Deutschland leben“ eine Stimme, könnten mitreden, mitentscheiden und auch wählen, was jedoch tatsächlich verwehrt werde: „Es ist irgendwie zwischen Demokratie und etwas, das schlechter ist.“ (D11: 146) Sie stellt hierbei unterschiedliche Bedeutungen von Demokratie gegenüber. Wenn mit der Bezeichnung „die Demokratie, die hier die ganze Zeit herrscht, gemeint ist“, dann beziehe JoG sich nicht darauf. Wenn Demokratie hingegen bedeutet, „dass alle die gleichen Rechte haben“, dann könnte die Selbstorganisierung von JoG als Demokratie beschrieben werden (D11: 143f.). In dieser zweiten Bedeutung verweist Demokratie auf ein egalitäres Prinzip der Selbstbestimmung, auf das auch Balibars (2012) Begriff der „Gleichfreiheit“ abzielt:

„Wenn jeder so leben dürfte, wie er möchte, wenn es keine Gesetze gibt, die dir etwas verbieten, die dir deine Menschenrechte rauben, dann gäbe es eine bessere Demokratie oder etwas Besseres als die jetzige Demokratie. Wenn man selbstbestimmt leben kann, wenn man selbst entscheiden kann, will ich jetzt in Gifhorn leben oder will ich jetzt woanders hinziehen oder will ich jetzt arbeiten gehen oder nicht arbeiten gehen. Wenn ich selber frei entscheiden kann, was ich machen darf, dann wäre das für mich die bessere Demokratie, nicht die jetzige.“ (D11: 148)

Die geflüchteten Jugendlichen artikulieren somit eine Vorstellung von Demokratie, deren Aktualisierung nicht nur auf ihre Integration in das bestehende Demokratierégime abzielt. Vielmehr verweisen sie auf eine Demokratie, die umfassend über den Status quo hinausgeht und die eine grundsätzliche Perspektive der Gleichfreiheit einfordert.

Die undokumentierten Jugendlichen gehen durch ihre radikalpolitische Ausrichtung – einer Kritik an Kapitalismus, Imperialismus und intersektionaler Herrschaft – besonders entschieden auf Abstand zum US-amerikanischen Demokratierégime. Sie widersprechen der hegemonialen Selbstbeschreibung der USA, der zufolge die Nation seit ihrer Gründung eine vorbildliche Demokratie sei. Viele der in den Selbstorgani-

sierungen von IYC & CIYJA aktiven Jugendlichen sehen sich in einem deutlichen Gegensatz zu Demokratie sowie zur Politik insgesamt, da diese weitgehend mit der herrschenden Ordnung und dem Staat identifiziert werden, wie Aiko beschreibt: „I feel like we are not really a political group, even though everything is political.“ (U8: 96) Dass die USA keine Demokratie sei, begründet Aiko jedoch gerade durch den Gegensatz zu einer realen Demokratie, welche die Selbstregierung und Repräsentation aller umfassen würde: „Because if we did have a democracy, then everybody who resides in this area would be able to have the right to vote, but that's not the case. And in a democracy usually those people who are in government represent the varied population, which again is not true.“ (U8: 98) Wahre Demokratie könne es jedoch nicht innerhalb eines nationalen Demokratieregimes geben, „because as long as borders keep existing, there is not gonna be true democracy anywhere“ (U8: 100).

Alex erklärt die Diskrepanz zwischen Demokratie und dem politischen System der USA ebenfalls, indem er auf das Demokratische verweist:

„I think democracy is the biggest hypocrisy in the US. I think democracy doesn't exist. I think democracy doesn't apply to all of us and that's because the system was set to give democracy to only a few and not to everybody. If we would be democratic, we would be equal, we wouldn't be the United States.“ (U5: 75)

Um demokratisch zu werden, müsse das gegenwärtige Regime grundlegend verändert werden. Ein wesentliches Problem sei hierbei die Staatsbürgerschaft und die ungleiche Zuteilung von Rechten qua Geburt, „so that your quality of human being is decreased the way or where you were born“ (U5: 75). Alex beschreibt hier die formellen und informellen Hierarchien der Staatsbürgerschaft, wobei die Zuteilung von quasi-feudalen Privilegien qua Geburt mit Ayelet Shachar (2009; vgl. Carens 1987) als „birthright lottery“ beschrieben werden kann. Luis S. fokussiert in seiner Kritik des US-amerikanischen Demokratieregimes insbesondere dessen kapitalistische Strukturierung. Dennoch hält auch er an einem Ideal der Demokratie fest. Mitsprache und Repräsentation seien hierbei grundlegende Forderungen, eine wahre Demokratie erfordere jedoch die Überwindung vom Kapitalismus sowie eine Dezentralisierung von Macht: „Democracy means you are getting rid of career politicians, getting rid of capitalism and the way how much money is able to influence whatever happens in our society. Until then we not gonna have a true democracy.“ (U12: 108) Eine wahre Demokratie würde außerdem allen den Zugang zu Ressourcen sowie gerechte Arbeitsbeziehungen ermöglichen, was auch die Veränderung von Eigentumsverhältnissen beinhaltet: „I think if you work in a place you should own part of that place.“ (U12: 108) Ein solcher Wandel sei jedoch nicht ausgehend von der nationalen Ebene möglich, sondern müsse aus dem Lokalen heraus erfolgen (U12: 108; vgl. U9: 70).

Einige der Jugendlichen kritisieren jedoch nicht nur die Umsetzung. Sie kritisieren auch das Ideal von Demokratie, das in die liberale Verfassung der hegemonialen Demokratieregime eingeschrieben ist. So betont Marcela, dass die USA sich zwar als vorbildliche Demokratie präsentieren würden, diese bislang aber kaum vorteilhaft für People of Color gewesen sei, wobei das Versprechen der Demokratie selbst problematische Wirkungen habe:

„Sometimes we think democracy is a term just to keep people calm down and say: ‚Well, you know, you had the choice.‘ But we know that people don’t really have the choice, there are different factors that push them to certain lives. Or even the fact that democracy is more about like you vote and you have somebody to represent you and there is like checks and balances. But we don’t see that in the US.“ (U3: 86)

Für Marcela ist Demokratie also zunächst eine Ideologie, welche die Bevölkerung befriedet. Sie beschreibt eine Ordnung, die angesichts des Abstands zwischen der Selbstbeschreibung und der realen Situation als Postdemokratie (Rancière 1996; Crouch 2008) bezeichnet werden kann. Darüber hinaus kritisiert sie aber auch den individualistischen Liberalismus des Wahlprinzips, insofern dieser suggeriere, dass Subjekte tatsächlich frei entscheiden können und entsprechend ihrer Wahl selbst verantwortlich sind, wohingegen sie die Fremdbestimmung durch soziale Verhältnisse hervorhebt. Wahlen seien ein trügerisches System, das nicht den tatsächlichen Beteiligungsmöglichkeiten entspreche, zumal marginalisierte Bevölkerungsgruppen strukturell von Wahlen ferngehalten würden (U3: 86). Die IYC würde sich daher nicht explizit auf Demokratiediskurse beziehen, „because we really think that the democratic system here is very flawed and very oppressive“ (U3: 86). Dennoch kommt auch Marcela zu dem Schluss, dass eine Demokratie, die nicht mit Nationalstaatlichkeit verbunden ist, eine Alternative sowie positiver Bezugspunkt für ihre Kämpfe sein könnte (U3: 92).

Für viele der undokumentierten Jugendlichen ist die Vorstellung einer besseren Demokratie verbunden mit der Selbstbestimmung von Personen und ihren Communities sowie Beziehungsweisen wechselseitiger Verantwortung und Solidarität (U16: 56ff.; U7: 57), wobei etwa Erick diese Vorstellung bereits in ihren gegenwärtigen Zusammenhängen der Selbstorganisierung realisiert sieht (U15: 104). Dennoch betont Seth, dass demokratische Ideale niemals gänzlich umgesetzt würden, dass es immer eine Auseinandersetzung über die Verwirklichung von Gleichheit geben werde: „We could always be theoretical about what could be the best way to go about the things, but because we are people, it’s never really gonna be able to materialize into what we wanted to be.“ (U14: 78) Wie in der radikaldemokratischen Theorie lässt sich auch aus Sicht der Jugendlichen wahre Demokratie nie gänzlich realisieren, sie bleibt immer im Kommen (Derrida 2003: 123).

Ansätze einer demokratischen Praxis

Einige der Jugendlichen beziehen sich nicht nur positiv auf das Demokratische als politischen Horizont, sondern beschreiben ihre Selbstorganisierung auch als demokratische Praxis, wobei interne Selbstorganisierungsprozesse und externe Interventionen zusammenhängen. Demokratie, erzählt JoG-Gründungsmitglied Deniz, ist ein unendlicher Prozess der Beteiligung. Als positiven Bezugspunkt beschreibt er eine „andere Art von der Demokratie“, die nicht als „Herrschaft oder die Entscheidung der Mehrheit über den anderen“ zu begreifen sei. Diese Demokratie ermögliche in einem umfassenden Sinne „Beteiligung“, wobei „jeder das Recht hat, die Möglichkeit hat, sich zu beteiligen, ein Teil zu werden. Eine mehr oder weniger lebende Demokratie, ein Prozess, der immer im Fluss ist, der immer stattfindet“ (D7: 80). Einige der undokumentierten Jugendlichen begreifen Demokratie ebenfalls als einen Prozess und eine Praxis, die gerade durch ihre Bewegung über eine Beschränkung auf Wahlen hinausgehe: „I think when people are talking about civil engagement and democracy, everyone only talks

about rights to vote. [...] But for us, as undocumented folks, the way we show democracy is taking it to the streets, doing the advocacy and lifting up our voices.“ (U10: 40) Anthony begreift Demokratie folglich als engagierte Praxis der Beteiligung: „The act of people engaging is for me what democracy is about.“ (U10: 42) Jonathan verweist ebenfalls auf ein solches praxeologisches Demokratieverständnis. Sie würden für Demokratie kämpfen, es aber nicht so nennen:

„Democracy does not exist. In the traditional sense. But I think we try to practice democracy. We don't use that word, because it's so charged with all these things and the representation we've seen is like the complete opposite, but I think that's initially what we want: For everyone have the power to be able to have their voice heard.“ (U7: 81)

Jonathan beschreibt Demokratie hierbei insbesondere als Praxis gemeinsamer Entscheidungsfindung, die intern in ihrer Selbstorganisierung angestrebt werde, die aber auch in einem weiteren gesellschaftlichen Prozess verwirklicht werden könne. Er und Alex nennen die Zapatistas, die seit Mitte der 1990er Jahre eine revolutionäre Bewegung und Selbstverwaltung im südlichen Mexiko aufgebaut haben, als Vorbild einer alternativen Demokratie, auch wenn diese niemals perfekt umgesetzt werden könne (U5: 79). Die Praxis der Selbstorganisierung kann somit in einem anderen Sinne als radikale Demokratie begriffen werden, die nicht nur bestehende Verhältnisse herausfordert und einen Konflikt eingeht, sondern die auch positive Formen des Sozialen ‚von unten‘ neu gründet. Demokratische Praxen stehen hierbei im Zusammenhang einer Community basierten, *grass roots* Demokratie, in der sich die Beteiligten gegenseitig informieren, Meinungen austauschen, kollektive Entscheidungen treffen, sich aber auch wechselseitig unterstützen.

Einen positiven Bezugspunkt von Demokratie bilden folglich nicht nur die Interventionen durch kontestatorische Praxen, sondern ebenso Strukturen innerhalb der Selbstorganisierung, die als basisdemokratisch beschrieben werden können (vgl. Edthofer 2008). Zentrale Prinzipien der Selbstorganisierung in den USA sind hierbei, dass Abläufe, Ziele und Entscheidungsfindungen transparent verlaufen, dass alle Mitglieder so weit wie möglich einbezogen und repräsentiert werden, dass gemeinsame Entscheidungen im Konsensprinzip getroffen werden und der Grundsatz der Selbstbestimmung geachtet wird (U2: 76; U15: 96). Nicht nur die Anliegen der Gruppenmitglieder, sondern auch die der undokumentierten Community sollen hierbei berücksichtigt und vertreten werden (U11: 130; U17: 86). Bei JoG ist die Selbstorganisierung intern an ähnlichen basisdemokratischen Prinzipien ausgerichtet. Alle können Ideen und Probleme einbringen und sollen die gleiche Mitsprache haben, wobei Hierarchien abgelehnt und Entscheidungen im Konsens getroffen werden (D6: 82; D8: 122; D11: 96; D13: 22). Dennoch würden Entscheidungen nicht unbedingt durch ein unmittelbares Einvernehmen entstehen, sagt Omar, sondern oftmals in Auseinandersetzungen, in „produktiven Streitgesprächen“ (D9: 94).

Wie in diesem Buch deutlich wurde, bleiben die Selbstorganisierungen der migrantischen Jugendlichen nicht auf sich selbst bezogen, sondern entwickeln Interventionen in die weitere Gesellschaft. Esperanza verdeutlicht hier den Zusammenhang interner Selbstorganisierung und externer Intervention: „We don't have the political power, where you have access to voting, but we do have the other political power where we're able to move people, move ourselves and move our supporters.“ (U2: 82)

Aiko betont ebenfalls, dass sie ohne formalen Status Macht entwickeln würden, um Politiken zu beeinflussen. Diese Macht, gesellschaftlichen Wandel anzustoßen und mitzubestimmen, entstehe nicht vollständig geplant, sondern durch ein organisches Empowerment, das sich aus Prozessen der Selbstorganisierung ergäbe. Bei den Jugendlichen entsteht so eine politisierte Subjektivität mit einer widerständigen Haltung, die sich selbstbestätigt: „„Oh no, I can create change, it doesn't matter, if I can't vote or if I don't have a social security number. I can create change, because we have people power.““ (U8: 42) Die Selbstermächtigung durch eine Organisierung von Betroffenen ermöglicht somit eine kollektive sowie individuelle politische Subjektivierung, von der ausgehend gesellschaftliche Verhältnisse verändert werden können. Sich zusammenzuschließen, zu engagieren, die eigene Stimme zu erheben und auf die Straße zu gehen kann hierbei als eine Praxis der Demokratie begriffen werden. Diese Demokratie lässt sich nicht abschließend einrichten. Sie entsteht immer auf ein Neues in der Wiederholung, durch interne Prozesse der Selbstorganisierung sowie durch deren Interventionen in die Gesellschaft.

Politik der Rechte

Durch eine Politik der Rechte (vgl. Balibar 1993: 13) beziehen die Jugendlichen das Spannungsverhältnis zwischen nationalen Demokratieregimen und dem Demokratischen auf ihre Position eines prekären Status. Aus dem Gegensatz eines Rechts, das sie beanspruchen, und eines Unrechts, das ihnen zugefügt wird, eignen sich die migrantischen Jugendlichen in ihren Kämpfen ein (Un-)Recht an: Ein Recht, das sie für sich reklamieren, so als ob sie es bereits hätten. Insbesondere das Verhältnis von Bürger- und Menschenrechten wird hierbei genutzt, um sich trotz eines Status als Nicht-Bürger_innen zu berechtigen. Sie widersprechen hierbei auch einer humanitaristischen Vorstellung, in der Menschenrechte, gleichsam nutzlos wie alte Kleider, vom globalen Norden in den Süden, zu den Bedürftigen geschickt werden (vgl. Rancière 2004: 307). Durch ihre Kämpfe zeigen sie nicht nur das aufständische Potenzial einer radikal egalitären Bürgerschaft (vgl. Schwierz 2016b), sondern auch eine kontestatorische Praxis der Menschenrechte, in der diese gegen unmenschliche Verhältnisse im globalen Norden gewendet werden.

Bei JoG wird vor allem ein Prinzip der Gleichberechtigung betont, wobei der Artikel zur Menschenwürde aus dem Grundgesetz ein wichtiger Bezugspunkt ist (D13: 82; D12: 24; D2: 130). Dennoch artikulieren die Jugendlichen ein umfassenderes Prinzip der Menschenrechte. Ali verdeutlicht hier präzise, wie migrantische Selbstorganisierungen ihre Entrechtung und Berechtigung zugleich demonstrieren, indem sie ein Spannungsverhältnis des Rechts aufzeigen: „Ich lebe in diesem Land und da will ich auch mein Recht haben als Mensch. Wenn hier gesagt wird ‚Menschenrechte‘, was heißt das überhaupt? Wir sind die Menschen, die das Recht nicht haben und wir wollen darum kämpfen, damit wir das haben können.“ (D10: 50) Diese paradoxe Vorstellung eines Rechts, dass sie als Mensch bereits haben („mein Recht“) und doch erst einfordern müssen, beschreibt Rojda in Bezug auf ein grundsätzliches Recht auf Migration und Asyl: „Und wenn die Politik das Gegenteil tut, dann setzen wir uns mit unseren Strategien und mit unseren Forderungen dafür ein, dass wir das auch bekommen. Es ist unser Recht und wir wollen es auch bekommen.“ (D2: 37) Um jedoch ein solches nicht gewährtes Recht zu beanspruchen, muss zunächst das Unrecht als solches begreifbar gemacht werden, das Migrant_innen im globalen Norden widerfährt. Deniz

betont daher, sie würden entgegen der Vorstellung, dass Menschenrechte nur außerhalb von Europa und Deutschland verletzt werden, verdeutlichen, „dass Menschenrechte überall gelten und überall verletzt werden“ (U7: 40).

Rechte verstehen die Jugendlichen hierbei auch als Instrument, das argumentativ in demokratischen Praxen eingesetzt wird, um ihre politische Positionierung im Migrationsregime und in dominanten Diskursen zu begründen. Mesut sagt, es sei etwas, womit man „argumentieren kann, warum wir das alles wollen und dass wir Menschen sind. Wir haben ein Recht dazu, das zu machen und uns frei zu bewegen“ (D8: 120). Der Maßstab sind hierbei weniger die einfachen deutschen Gesetze und Verordnungen, sondern das Grundgesetz, europäische Vorschriften, internationales Recht und Menschenrechte, aber auch die selbstbestimmte Deklaration eines ‚Rechts auf...‘. In den demokratischen Praxen von JoG vollzieht sich die Beanspruchung eines Rechts jedoch weniger durch einen Bezug auf abstrakte Menschenrechte oder gar eine humanistische Selbstbeschreibung als Opfer, sondern vielmehr ausgehend von einer konkreten Empörung über die eigene Entrechtung. Gerade in Bezug auf Bewegungsfreiheit wird außerdem deutlich, dass Rechte nicht nur in sichtbaren Politiken gefordert, sondern auch in relativ unsichtbaren Politiken unmittelbar angeeignet werden, wenn etwa die unsichtbare Grenze der Residenzpflicht ohne Erlaubnis überschritten wird, um mit einer Freundin in die nächstgelegene Großstadt zu fahren (D11: 142). Rojda betont hier ebenfalls, dass Rechte nicht einfach zugestanden, sondern erkämpft werden müssen, selbst wenn herrschende Gesetze dagegenstehen (D2: 128). Deniz spricht den generell ambivalenten Charakter des Rechts an, das Herrschaft formt und sichert, aber zugleich in Kämpfen gegen Herrschaft eingesetzt werden kann. Es gehe nicht nur um das „positive, kodifizierte Recht“, sondern darüber hinaus um ein erweitertes Verständnis von Gerechtigkeit und Recht (D7: 78). So sind etwa Bewegungs- und Redefreiheit auch als selbstdeklarierte Rechte zu begreifen: „Und dass einfach klar ist: ‚Das ist gesetzt, das nehm’ ich mir, so. Ob sie’s mir dann geben, ist was anderes, aber erstmal nehm’ ich’s mir.“ (D7: 80) Ihre Kämpfe dürften sich jedoch nicht auf die Erklärung eines Rechts beschränken, sondern müssten neben der Entrechtung selbst auch deren gesellschaftliche Ursachen beachten und darauf abzielen, dass Prinzipien wie Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit auch tatsächlich umgesetzt werden (D7: 76).

Bei den undokumentierten Jugendlichen fungieren Menschenrechte ebenfalls als Grundsatz einer radikalen Demokratie, die über exklusive Forderungen hinausgeht und diverse Kämpfe verknüpfen kann. Das Prinzip der Menschenrechte erzeugt hierbei eine Äquivalenz ganz unterschiedlicher Rechte. So stellt Sofia den Entzug eines Rechts auf Bildung, Familie, Bewegungsfreiheit oder Autofahren in eine Reihe mit vorenthaltenen Menschenrechten, durch die jene zusammengefasst werden: „Not having rights to be human beings in the way that you should have rights to.“ (U6: 30) Alex beschreibt den Zusammenhang der Kämpfe um Rechte ebenfalls aus einer Menschenrechtsperspektive, die er mit der Frage des Widerstands gegen Entrechtung in herrschenden Ordnungen verknüpft. Dabei spricht er nicht nur von individuellen, sondern auch von kollektiven Rechtssubjekten: „How far do we allow systems and governments to take away our rights? I think that’s the bigger picture, the bigger conversation. And why do we allow that? As people, as cities or countries, alliances, unions.“ (U5: 73) Die geflüchteten ebenso wie die undokumentierten Jugendlichen argumentieren mit einem Unrecht der Entrechtung, insofern sie Rechte, die sie bereits haben, nicht haben kön-

nen. Dieser exzessive Bezug auf Menschenrechte ermöglicht es auch, über die limitierenden Kategorien der Gesetze und der herrschenden Ordnung hinauszugehen und nicht bloß für eine Inklusion in diese einzutreten:

„We have focused more on human rights, just because we have come to an understanding that sometimes the system is not enough. The way that the current system works, where certain people get certain rights, like even fighting for the rights that other people already have, to have those, might be limiting.“ (U3: 82)

Die undokumentierten Jugendlichen kämpfen nicht nur für jene Rechte, die ihnen aufgrund ihres illegalisierten Status vorenthalten werden, sondern stellen die hierarchisierende Zuteilung von Rechten insgesamt in Frage. Mit ihren Kämpfen streben die Jugendlichen an, über die Forderung nach staatlich gewährten Rechten hinauszugehen und nicht die Kategorisierungen und Standards der herrschenden Ordnung zu reproduzieren (U8: 90; U16: 52).

Menschenrechte wirken hierbei nicht nur als radikaler Widerspruch zur herrschenden Ordnung, sondern auch als politischer Horizont, um Kämpfe zu verbinden: „Everyone has a story and everyone has struggles and everyone struggles differently [...]. But again, how do we connect those similarities to other people's struggles.“ (U16: 52) Die undokumentierten Jugendlichen beziehen sich einerseits auf ihre besondere Situation als Nicht-Bürger_innen. Sie beschreiben sowohl ein unbegrenztes Recht auf Migration, „our right to be in the country, to come for a better future“ (U5: 18), als auch ein Recht zu Bleiben, „having the autonomy of residing where you have historically resided, if you wanna stay there“ (U3: 84). Dennoch heben fast alle, so wie Alex, den Bezug auf die Rechte anderer sozialer Gruppen und Bewegungen in den USA und weltweit hervor: „Anybody that says that they are just for the immigrant rights movement is a fool. I think you cannot just be part of this cup and forget about the other cups. [...] I think it's relating and being vocal about that.“ (U5: 73) Es geht IYC & CIYJA nicht nur um eine Integration als Bürger_innen in das bestehende System, um einen Kampf als Migrant_innen, sondern um einen darüber hinausgehenden Kampf: „I think that's where we are headed, as far as we make the immigrant rights movement more of a fight for human rights.“ (U9: 64)

Da für sie als Nicht-Bürger_innen keine Beteiligung in den nationalen Demokratierégimen vorgesehen ist, erfahren migrantische Jugendliche: Es ist nicht ihre Demokratie, es ist die Demokratie der anderen. Die meisten Aussagen sprechen den bestehenden Regimen zudem ab, Demokratien zu sein, und beziehen sich in dieser Kritik mehr oder weniger explizit auf das Demokratische. Sie artikulieren somit den Abstand zwischen etablierten Demokratien und dem Prinzip des Demokratischen, den ich als demokratische Differenz bezeichne.

Insgesamt verdeutlichen die Reflexionen zu Demokratie und Rechten, dass sich der Handlungsräum migrantischer Kämpfe aus ambivalenten Verhältnissen ergibt. Während sie die herrschende Ordnung einerseits in Frage stellen, beziehen sie sich hierbei andererseits auf Prinzipien, die auch in dieser Ordnung enthalten sind. Nachdem ich in diesem letzten empirischen Unterkapitel genauer auf die Einschätzungen der interviewten Jugendlichen eingegangen bin, werde ich die hier anklängenden Aspekte sowie die vorangegangene Analyse ihrer politischen Selbstorganisierung im folgenden Kapitel ausführlicher mit der Theorie radikaler Demokratie als Praxis verbinden.

